

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Daulitzova n. 32. Telefon n. 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Daulitzova n. 32. Postfachamt 57544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kz 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourkarten. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Staat und Gemeinde.

Der Wirkungsbereich wird der Gemeinde vom Gesetze vorgeschrieben, über seine Weite oder Enge entscheiden die im Staate herrschenden Machtverhältnisse. Die Grundlagen, auf denen die Kompetenz der Gemeinden beruhen, sind die österreichischen Gemeindeordnungen, wie sie für die meisten der ehemaligen Kronländer in der liberalen Verfassungära erlassen wurden. Das Bürgertum suchte sich in den damaligen Verfassungskämpfen gegenüber dem Feudalismus in den Gemeinden Machtpositionen zu schaffen und darum hat die alte Gemeindeordnung den Kommunen eine weitgehende Autonomie zugewiesen. Es umschreibt beispielsweise die am 16. April 1864 erlassene Gemeindeordnung für Böhmen im § 27 den selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinden als denjenigen, „in welchem die Gemeinde mit Beobachtung der bestehenden Reichs- und Landesgesetze nach freier Selbstbestimmung verordnen und verfügen kann“, und sie sagt ganz allgemein, daß dieser Wirkungsbereich überhaupt alles umfaßt, „was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt“. An dieser Gemeindeordnung aus der liberalen Ära wurde auch, solange das alte Österreich bestanden hatte, nie viel geändert.

So wie der tschechoslowakische Staat auf vielen anderen Gebieten keine durchgreifende Fortbildung der staatsbürgerlichen Freiheiten gebracht hat, wie wir noch heute das alte Prähgeseß, das alte Vereins- und Versammlungsgesetz und das Prügelpatent haben, so wurde auch die Autonomie der Gemeinden nicht erweitert. Im Gegenteil! Die im alten Österreich geltenden Rechte der Gemeinden wurden eingeschränkt. Dies geschah insbesondere durch die Novelle zur Gemeindeordnung vom 7. Februar 1919, in welcher die Finanzhoheit der Gemeinde stark gedrosselt wurde. Durch den § 14 dieses Gesetzes wurde eine Finanzkommission eingesetzt, von der die Hälfte der Mitglieder durch die Aufsichtsbehörden ernannt wird und der das Recht zusteht, gegen alle Beschlüsse der Gemeindevertretung, soweit sie finanzieller Natur sind, den Rekurs mit aufschiebender Wirkung zu ergreifen. Ebenso bedroht der § 20 die Autonomie der Gemeinden, in dem eine Reihe von Aufgaben aufgezählt wird, deren Besorgung der Gemeinde entzogen und auf den Staat übertragen werden kann.

Die Mehrheitsparteien im tschechoslowakischen Parlament waren also seit der Schaffung der Republik der Ansicht, daß es nicht gelte, die Selbstverwaltung der Staatsbürger zu schonen oder zu erweitern, sondern daß die Gemeindeverwaltung der Staatsgewalt in noch weit höherem Maße, als dies in dem feudalen Österreich der Fall war, untergeordnet werden müsse. Gewiß trifft dies die tschechischen Gemeinden ebenso wie die deutschen, aber da die Deutschen an der Staatsverwaltung nicht teilhaben, ist die Einschränkung der Gemeindeautonomie und die Erstarkung der Staatsgewalt eine Befestigung der über das deutsche Volk in der Tschechoslowakei ausgeübten nationalen Fremdherrschaft.

Das hat sich auch gezeigt in den unzähligen ständigen Drangsalierungen, denen die Gemeinden ausgesetzt waren. Man hat vielen deutschen Gemeinden die Polizeihochheit entzogen, der Stadt Reichenberg die Befugnisse einer autonomen Stadt überhaupt genommen, zahlreiche deutsche Gemeindevertretungen aufgelöst und dort Verwaltungskommissionen eingesetzt, über deren Zusammensetzung die politische Behörde entscheidet, hat den Gemeinden vorgeschrieben, was für Gastenlisten sie anbringen müssen. Fast jedes Gesetz belastet die Gemeinden mit drückenden Verbindlichkeiten, ohne ihnen Rechte einzuräumen. Kurz, die Gemeinden wurden von der Republik auf die Rolle von Hilfsarbeitern der staatlichen Gewalten herabgesetzt. Aber entscheidend ist, daß der Staat den Gemeinden beharrlich die finanziellen Mittel verweigert.

Die Rede Strefemanns.

Ehrlicher Verständigungswille mit Frankreich. — Die deutschen Grundlagen für die Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems. — Es gibt kein Rheinlandproblem.

Berlin, 24. August. (Eigenbericht.) Von der heutigen Rede des Reichskanzlers wird allgemein angenommen, daß sie einen Schritt zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich bedeute. Zum erstenmal seit dem französischen Einbruch habe ein verantwortlicher deutscher Staatsmann in klarer Weise das deutsche Minimalprogramm umrissen und die Grundlage gezeigt, auf der eine Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems herbeigeführt werden könne; insbesondere sei der nachdrückliche Hinweis bemerkenswert, wonach dem deutschen Volke für die Verhältnisse Deutschlands das Opfer nicht zu hoch erscheine, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Ebenso stimme das deutsche Volk mit dem Reichskanzler darin überein, daß es für Deutschland keine Rheinlandfrage gebe, daß da kein internationales Problem vorliege und eine auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes nicht in Betracht gezogen werden könne.

Der Reichskanzler knüpfte in seiner Rede an die Worte an, der er als Abgeordneter des Reichstages geprägt hatte, daß die eigene Sanierung im Innern zugleich die wirksamste außenpolitische Betätigung für Deutschland sei und wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds, zur Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und Anlagevermögen und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet habe. Er wies eingehend den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an seinem Volke ansehen. Die Reichsregierung scheue nicht vor einem scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz zurück und sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskrise, vor deren Vertretern er spreche, nicht nur aus Zwang, sondern aus eigener Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden.

Der Reichskanzler leitet mit dem Hinweis darauf, daß trotz dieser scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich sei, seine Rede auf die außenpolitische Lage über. Der französische Ministerpräsident habe die Ruhrbesetzung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei, um Deutschland dazu zu zwingen, Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Der Reichskanzler versagt es sich an dieser Stelle, auf die Vergangenheit im einzelnen einzugehen, so sehr es gerade vom deutschen Standpunkte verführerisch wäre, auch die Frage von Recht und Schuld nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der britischen Regierung eine so beachtliche und durchschlagende Würdigung gefunden hat. Die Frage von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteile unparteiischer Schlichter jederzeit gern zu unterwerfen bereit sein, weil sein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilspruch ruhig entgegensehen lasse.

Auf dem Gebiete der bisherigen Reparationsleistungen habe gerade kürzlich eine unparteiische Untersuchung Deutschland die Ge-

nugung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden, als die Gutachten der Reparationskommission. Das Institut of Economics in Washington hat nach einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstande bis 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geleistet hat und daß das deutsche Verlangen auf Buchung noch weiterer erheblicher Posten zugunsten Deutschlands unzweifelhaft gerechtfertigt sei. Die deutsche Regierung selbst beziffert die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwartet, sagt der Reichskanzler, ist nicht unfruchtbare Politik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Währungschaos uns wieder den ungeschriebenen Gesetzen des Welthandels zuführt, auf denen sich ein friedliches Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaute. Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als das Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Pfänder für das Fließen deutscher Reparationszahlungen beansprucht. Als solche positive Pfänder bezeichnet die französische Regierung in ihren Instruktionen an ihre Botschafter in London und Brüssel vom 10. und 12. Juni einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Inanspruchnahme der deutschen Zölle.

Soweit der Grundsatz in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für die deutschen Leistungen zu geben, ist die Inanspruchnahme deutscher Reichsbesitzes und deutscher Wirtschaft auch in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d. J.

die es ihnen ermöglichen würden, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Schon im alten Österreich hat die Gemeindeordnung in dieser Beziehung ein Loch gehabt, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sind die Aufgaben der Gemeinden gewachsen, ohne daß man ihnen die entsprechenden rechtliche Grundlage gegeben hätte, um die finanzielle Bedeckung für ihren wachsenden Aufgabebereich zu finden. Nach der Schaffung der Republik hat die staatliche Finanzpolitik alle Steuerquellen erfährt, hat den Gemeinden fast jede Möglichkeit durch neue Einnahmen das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herzustellen, genommen. Durch das Gesetz vom 12. August 1921 über die übergangsweise Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden wurden die Gemeindefinanzen nicht saniert, ihre Autonomie aber dagegen noch mehr eingeschränkt. Die Ueberweisungen einzelner staatlicher Steuern waren mangelhaft, die Langsamkeit des staatlichen Steuerapparates, die späte Vorschreibung und Eintreibung staatlicher Steuern hat den Eingang

zum Ausdruck gebracht, jenem Vorschlage der deutschen Regierung, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens einer alliierten Macht gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfandnahme des Versailler Vertrages hinausgehend die uns verbleibenden Kraftquellen auch der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantien für die künftigen deutschen Leistungen einfließt.

Gerade von Seiten der französischen Regierung ist auf die Bedeutung der deutschen Wirtschaft vielfach hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Gelbbuche davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht zerstört worden sei, daß seine wirklichen Hilfsquellen und Steuererträge, die in seiner Wirtschaft lägen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine

Ueberschätzung der deutschen Wirtschaftskraft

vorliegt. Sie wissen ferner, daß die angeblichen Großgewinne der deutschen Wirtschaft sowie die Verzinsung unserer Aktiengesellschaften vielfach so lächerlich gering sind, daß beispielsweise die letzte Jahresdividende der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wenn in dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bestreite, Möglichkeiten einer zukünftigen Entwicklung liegen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der die letzte und verbleibende Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Dieses Memorandum hält an dem Angebote der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Wahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sehe ich das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.

Wenn die französische Regierung ausschließlich von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Deutschem Reich andererseits gehen. Die, wenn auch nur vorübergehende, Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Ueberweisung der rheinländischen Bahnen, die Ueberweisung einzelner Bergwerke und Besitztümer am Rhein und an der Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird

Kannbonds nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden.

Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirkt zugleich alle die politischen Fragen auf, die sich in der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinlande haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken. Bis zur Stunde liegen uns nur Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Rheinlande vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treueverhältnis zum Reiche und zu Preußen im geringsten zu

der Gemeindeumlagen verzögert und verschleppt.

So haben wohl die Gemeinden ein gesetzlich zugeständenes, wenn auch seit der Schaffung der Tschechoslowakischen Republik eingeschränktes Wirkungsbereich, aber bei allen Bemühungen der Gemeindeverwaltungen müssen diese an die Grenzen stoßen, die ihnen der Mangel an materiellen Mitteln setzt. Nur innerhalb dieses engen Rahmens konnten die Gemeindeverwaltungen ihre Aufgaben erfüllen. Der Kampf um die Gemeindeautonomie und die Steuerhoheit der Gemeinden, den wir deutsche Sozialdemokraten Tag für Tag geführt haben und weiter führen müssen, ist ein großer, allgemeiner politischer Kampf. Die Wahlen in die Gemeindevertretungen müssen eine Willenskluggebung für die Erweiterung der Autonomie der Gemeinden und damit für die Erweiterung der Selbstverwaltung der Staatsbürger werden.

Gerichtssaal.

Ein arbeiterfeindlicher Bezirks-hauptmann.

Die Affäre des Senators Stark mit dem Bezirkshauptmann in Plan.

Ueber Verlangen der Bezirksorganisation in Wesperig intervenierte Senator Genosse Stark am 12. Febr. d. J. bei der Bezirkshauptmannschaft in Plan in Angelegenheit der Namhaftmachung von Arbeitnehmervertretern in den Vorstand der Bezirkskrankenkasse in Wesperig.

Statthalter Herr Ganghofner machte nun diesen Vorfall beim Bezirksgerichte in Plan anhängig, das wegen der Auslieferung des Genossen Stark an den Senat herantrat.

Gegen das Urteil des Bezirksgerichtes in Plan brachte der Vertreter des Genossen Stark die Berufung an das Kreisgericht in Eger ein.

Die Herren in Plan sind also diesmal nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Arbeiterschaft und deren Vertrauensmänner im Bezirke Plan wünschen, daß die einseitige Parteinarbeit der Beamtenschaft der politischen Behörde in Plan durch diesen Fall ein Ende findet.

Der „Blücherbund“ als Mord-organisation.

Die Ermordung des Studenten Baur vor Gericht.

München, 23. August. Am Mittwoch begann vor dem Volksgericht der Prozeß wegen der Ermordung des Studenten Baur aus Bismar, der bekanntlich die Rathenauer Mörder auf ihrer Flucht beherbergt und der im Jänner 1923 ein Attentat auf Scheidemann geplant hatte.

fränkischer Aktivist. Anfang Februar wurde er von der Polizei aus München ausgewiesen, blieb aber trotzdem und wandte sich als Mitglied des „Blücherbundes“ wiederholt in erpresserischer Weise an den Kreisleiter des Bundes...

Am 18. Februar nachts wurde er, von einer Fahrt von Regensburg kommend, am Münchner Hauptbahnhof von den Brüdern Berger und Jzenauer abgeholt, in das Bureau des „Blücherbundes“ geführt...

Bei einem Appell des „Blücher-Bundes“ am 13. Febr., an dem etwa 80 junge Leute, darunter auch Reichshüler, anwesend waren, erklärte Ruge: „Deutschland könne nicht wieder hochkommen, wenn nicht zuerst die Verräter beseitigt würden.“

gehörten in erster Linie die Juden; jeder der Versammlungsteilnehmer müsse sich einen einflussreichen Juden aufs Korn nehmen und ihn an dem Tage vor der unmittelbar bevorstehenden Aktion erledigen.

Wir werden über den Ausgang dieses Prozesses noch berichten.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

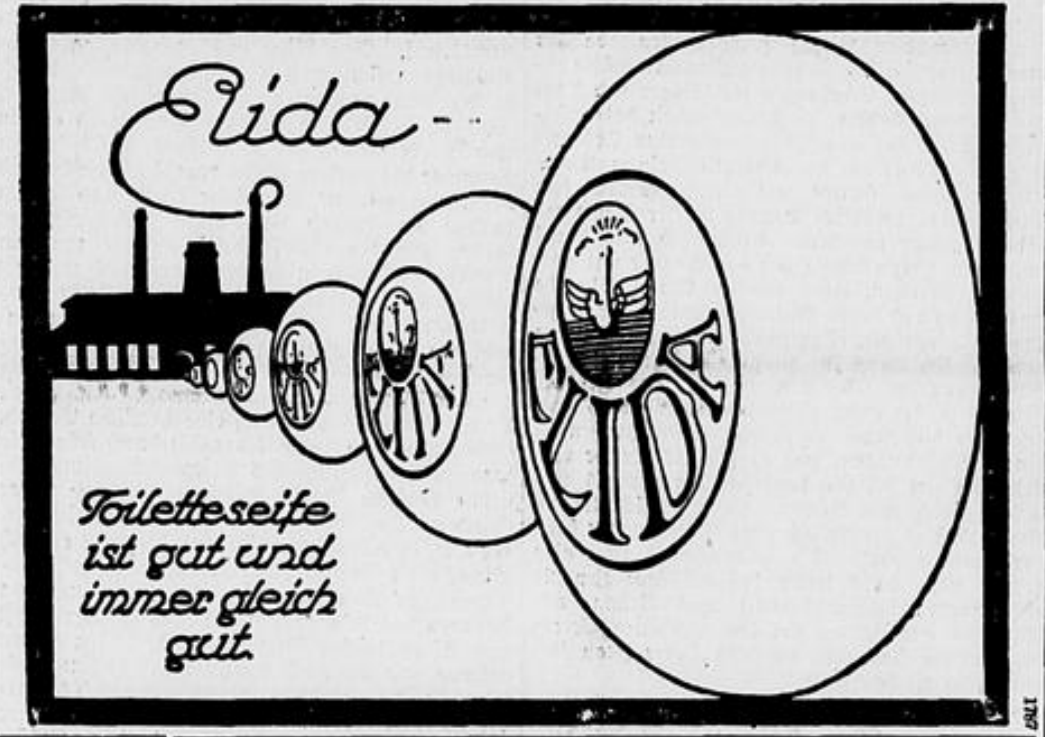
Table with weather data for 24. August 1923. Columns include location, temperature, wind direction, and precipitation.

Kunst und Wissen.

Bildhauer Bürger bei Satka, (Künstlerische Zeitung: Kurt Lindmayer). Sonntag, den 26. d. M., 3 Uhr nachmittags: „Der Zigeunerbaron“.

Turnen und Sport.

Weltrekord (Neue Weltrevue). Dem Regierungsblatt wird aus Stockholm gemeldet: Das mit größtem Interesse erwartete Zusammentreffen der beiden skandinavischen Läuferphänomene Paavo Nurmi (Finnland) und E. Wide (Schweden) brachte gleich im ersten Lauf über die englische Meile (1609 Meter) die vorhergesehenen Höchstleistungen.



Die Glücksbude. Erzählung von Ernst Preisang. X. Der letzte Abend vor dem Morgen der Ausreise war gekommen. Jeremias, der sich in die Entscheidung des Arztes wie in einen lästigen, aber nicht abzuwendenden Zwang gefügt hatte...

Als Frau Trude einmal das Auge wandte, sah sie ebenso versunken den Blick Friedrichs auf sich ruhen. Sie hatte es schon seit Minuten gefühlt, ohne sich dessen bewusst zu werden. Es lag eine so zärtliche Bewunderung in diesem Blick, daß sie nicht böse werden konnte.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlagsgesellschaft, Prag.

VII. Prager Herbstmesse vom 2.-9. Sept. 1923

Warnung!! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Fliegenfänger KOH-I-NOOR

Damen- und Herren-Schulzmittel sowie alle Artikel zur hygienischen Körperpflege liefert in nur prima Quantitäten zu bedeutend ermäßigten Preisen das Versandhaus „Sanitas“

wohl noch nicht einmal ein Wort des Dankes gesagt? „Schweigen wir davon, Herr Lattenbach, Frau Trude hat es schon getan.“

(Fortsetzung folgt.)